Politiker Alawi

Der Skeptische

Vor seiner Hotelsuite in Kuwait sitzen drei Leibwächter, unter den Sakkos wölben sich ihre Handfeuerwaffen. Es ist Ramadan, die Männer fasten. Ijad Alawi, 65, fastet nicht, er bittet um einen Espresso. Alawi gibt sich nicht einmal den Anschein, nach religiösen Riten zu leben. Auch das ist ein Grund, warum er fast sechs Monate nach der Wahl noch nicht Premierminister ist: Er ist einer der wenigen Repräsentanten eines säkularen, überkonfessionellen Irak.

Der Sohn eines schiitischen Kaufmanns trat als Student der nationalistischen Baath-Partei bei, überwarf sich in den siebziger Jahren mit Saddam Hussein und arbeitete mit westlichen Geheimdiensten am Sturz des Diktators. 2004 setzten ihn die USA als ersten Ministerpräsidenten des Nachkriegs-Irak ein. Nach einem Jahr verlor er dieses Amt, im März 2010 aber gewann er, mit zwei Sitzen Vorsprung, die Parlamentswahl.

Er ist pessimistisch. Am Vorabend, sagt er, habe er bis ein Uhr früh mit arabischen Führern konferiert. Die Lage sei ernster, die Zahl der Konflikte in der Region größer, als die meisten von ihnen es je erlebt hätten. „Heute früh“, erzählt er, „kam einer der Erfahrensten von uns herein und fragte: Ist schon die nächste Katastrophe im Nahen Osten ausgebrochen?“

YASSER AL-ZAYYAT / AFP (L.); MAYA ALLERUZZO / AP (R.)

IRAK

„Überall herrscht Angst“

Ijad Alawi der ehemalige und mögliche neue Ministerpräsident, über den Abzug der Amerikaner, den Machtkampf in Bagdad und die Gefahr neuer Kriege im Nahen Osten

SPIEGEL: Herr Alawi, Sie sind Neurologe. Wie würden Sie als Arzt den Zustand des Irak beschreiben?

Alawi: Kritisch, aber mit offenem Ausgang. Alles hängt vom Heilplan der Ärzte ab. Wenn der gut ist, kann der Irak überleben. Wenn nicht – möge Gott das verhüten.

SPIEGEL: Die optimistische Prognose wäre also …

Alawi: … ein Irak, der den Konfessionsstreit zwischen Schiiten und Sunniten überwindet, eine nationale Versöhnung in Gang setzt, staatliche Strukturen und einsatzfähige Sicherheitskräfte aufbaut, eine eigene Außenpolitik entwickelt.

SPIEGEL: Und die pessimistische?

Alawi: Dass der Irak erneut zu einem gescheiterten Staat verkommt und die Gewalt wieder hervorbricht.

SPIEGEL: Also ein Rückfall in die blutigen Jahre von 2006 und 2007?

Alawi: Ja, nur dass ein solcher Rückfall diesmal ungleich schwerer ausfiele. Denn diesmal haben wir keine multinationalen Streitkräfte mehr, die einen Bürgerkrieg eindämmen könnten.

SPIEGEL: In dieser Woche endet offiziell der Kampfeinsatz der US-Truppen. Hilft das dem Irak – oder werden dem kranken Patienten jetzt die lebenserhaltenden Maßnahmen abgeschaltet?

Alawi: Politisch ist der Abzug wichtig, aber wir haben keine unterstützenden Maßnahmen für den Patienten ergriffen, wir haben keine politischen Grundlagen gelegt, keine Streitkräfte aufgebaut, welche die Verantwortung auch wirklich schultern könnten.

SPIEGEL: Generalstabschef Babakir Sebari sagt: Iraks Armee wird erst im Jahr 2020 voll einsatzfähig sein, die Amerikaner müssen bleiben.

Alawi: Ich stimme ihm darin zu, dass das noch zehn Jahre dauern wird.

SPIEGEL: Gehen die Amerikaner also zu früh?

Alawi: Irgendwann müssen sie gehen. Allerdings: In den sieben Jahren, die sie hier waren, haben wir für uns selbst nichts erreicht. Wer garantiert uns, dass das nach noch einmal sieben Jahren anders wäre?

Abziehende US-Soldaten im Irak

SPIEGEL: Vernachlässigt US-Präsident Barack Obama den Irak zugunsten von Afghanistan?

Alawi: Sie sehen doch, was gerade in Afghanistan geschieht: Der US-Einsatz ist ein totaler Fehlschlag. Das Problem ist nicht, dass Amerika den Irak verlässt, um in Afghanistan weiterzukämpfen. Amerika muss seine Strategie für die gesamte Region, von Zentralasien bis zum Nahen Osten, überdenken, auch die Nato, auch die Europäer müssen das tun. Die Politik des Westens ist falsch. Blicken Sie sich doch um: Somalia ist ein völlig gescheiterter Staat. Der Jemen steht vor schwersten Herausforderungen. Palästina? Ein Schritt vor, drei zurück. Und demnächst wird uns der Libanon beschäftigen: Gott helfe uns, wenn das Uno-Sondertribunal im Mordfall des ehemaligen Premiers Rafik al-Hariri seine Urteile spricht.

SPIEGEL: Eine sehr düstere Analyse, die wenig Hoffnung auf Befriedung der Region macht.

Alawi: Ich bin Realist. Amerika ist die einzig verbliebene Supermacht, und wir brauchen gute Beziehungen zu Washington. Aber wir müssen auch sehen, welche Fehler die US-Strategie hat. Wir haben inzwischen zwar ausgezeichnete, professionelle Soldaten im Irak, aber der Generalstabschef sagt zu Recht, dass seine Armee noch nicht einsatzbereit ist. Ähnlich spricht der Innenminister. Und unsere Polizei ist von radikalen Milizen unterwandert.

SPIEGEL: Saddam Husseins ehemaliger Außenminister Tarik Asis klagt aus dem Gefängnis, Amerika überlasse den Irak „den Wölfen“. Wen meint er damit?

Alawi: Er meint die Raubtiere, die überall im Nahen Osten entfesselt worden sind, gesetzlose Kämpfer, Terroristen, die an so vielen Schauplätzen wie möglich so viel Blut wie möglich vergießen möchten. Die Konflikte zwischen Afghanistan, dem Horn von Afrika und dem Magreb ähneln einander und sind ja aufs engste verbunden.

SPIEGEL: Die Führer Israels, Ägyptens, Jordaniens und der Palästinenser beginnen jetzt neue Friedensverhandlungen in Washington. Geben Sie den Gesprächen eine Chance?

Alawi: Ich bin sehr skeptisch. Ich glaube nicht, dass sie Erfolg haben werden. Die Umstände sprechen nicht für einen Durchbruch.

SPIEGEL: Im Irak hatte es jetzt zwei Jahre lang den Anschein, als seien die Raubtiere gebändigt, als seien die Terroristen von al-Qaida entscheidend geschlagen.

Alawi: Ja, aber die Warnhinweise häufen sich wieder: Die Gewalt nimmt zu, eine neue Welle von Selbstmordanschlägen geht über das Land, gerade gab es an einem einzigen Tag 13 Anschläge mit Dutzenden Toten. Das ist keine zufällige, sondern eine systematische Entwicklung. Der größte Fehler, den Iraks Regierung und die multinationalen Kräfte begangen haben, ist, dass sie die sunnitischen Stammesverbände im Stich gelassen haben, welche im Kampf gegen die Qaida so entscheidend waren. Sie nicht in die Gesellschaft integriert, sie in Armut und Verzweiflung zurückgeschickt zu haben, wird sich rächen. Überall entstehen neue gewalttätige Gruppen.

SPIEGEL: Die Erfolge der letzten Jahre sind also höchst gefährdet?

Alawi: Blicken Sie doch auf das Beispiel Afghanistan. Auch dort hat der militärische Einsatz, haben all die Bomben die Taliban nicht etwa besiegt, sondern ihre Kämpfer und die Qaida nur stärker gemacht, sogar über die Landesgrenze hinaus bis Pakistan. Im Kampf gegen den Terror ist der Gesamtplan falsch.

SPIEGEL: Ihr Rivale, Ministerpräsident Nuri al-Maliki, sagt, er habe einen starken Irak etabliert, er sei ein starker Führer.

IMAGO

Anschlag in Bagdad*: *„Raubtiere, die überall im Nahen Osten entfesselt worden sind“*

Alawi: Er ist nicht stark. Welche Stärke besitzt er denn? Dass er einen Quadratkilometer in Bagdad kontrolliert?
SPIEGEL: Sie meinen die Grüne Zone, das hochgesicherte Regierungs- und Botschaftsviertel.
Alawi: Selbst die wird doch inzwischen wieder täglich beschossen. Von Basra im Süden bis Mossul im Norden gehen die Demonstranten auf die Straße. Strom, Wasser, Müllabfuhr, nichts funktioniert. Unsere Armee hat keine Flugzeuge, keine Panzer, unsere Polizei ist in Aufruhr. Was ist das für eine Stärke?
SPIEGEL: Für diese Misere machen die Iraker aber nicht nur Maliki verantwortlich, sondern alle Politiker, Sie eingeschlossen. Die Wähler haben zum Teil ihr Leben aufs Spiel gesetzt, um ihre Stimme abzugeben – und fast ein halbes Jahr später haben Sie noch immer keine Regierung zustande gebracht.
Alawi: Das ist eben unsere merkwürdige Form von Demokratie. Da sich im Irak Wahllisten sogar noch nach der Wahl formieren können und Malikis Liste dazu noch eine neue Auszählung durchsetzte, haben wir drei Monate verloren.
SPIEGEL: Amerika drängt nun darauf, dass Malikis und Ihre Gruppe die Macht und die Posten teilen.
Alawi: Ich war es, der Amerika und die Vereinten Nationen davon überzeugt hat, die Macht im Land zu teilen.
SPIEGEL: Was heißt das? Sie werden Ministerpräsident, Maliki wird Präsident? Oder anders herum?

AP

Ministerpräsident Maliki
„Merkwürdige Form von Demokratie“

Alawi: Nein, wir haben ein Verfassungsproblem im Irak: Alle Macht ist im Amt des Premierministers konzentriert – egal, ob ich oder Maliki es innehaben. Diese Macht wollen wir teilen. Die Idee ist, einen Modus zu finden, nach dem sowohl ich als auch er eine Position jenseits der des Premierministers akzeptieren können, weil wir beide wissen, dass wir am Entscheidungsprozess beteiligt sind und wichtige Schlüssel in der Hand behalten.
SPIEGEL: Vor drei Jahren haben Sie uns noch gesagt, dass der Irak einen starken Führer braucht, dass dieses Land anders gar nicht zu regieren sei.
Alawi: Das sehe ich auch heute noch so, doch das Wahlergebnis war so knapp, dass das praktisch nicht geht. Wir haben den Übergang zur Demokratie nicht geschafft. Wir dachten 2007, dass wir weiter seien, als wir heute sind. In Wahrheit sind wir jetzt aber an einem Punkt angelangt, an dem niemand niemandem mehr traut und die Zukunft des Landes sowie die der ganzen Region auf dem Spiel steht.
SPIEGEL: Und in diesem Augenblick brechen Sie die Gespräche mit Maliki ab – nur, weil der Ihre Gruppe „sunnitisch“ genannt hat? Ist das zu verantworten?
Alawi: Absolut. Wenn wir dieser Lüge nicht widersprochen hätten, dann hätten wir unsere Grundlage verloren. Unsere Wähler, die starke Gruppe der Säkularen im Land, ist kompromisslos, wenn es um Konfessionalismus geht. Keiner von uns sieht sich als Sunnit oder Schiit.
SPIEGEL: Warum ist die politische Klasse, die, wie Sie, mit Hilfe amerikanischer Panzer aus dem Exil in den Irak zurückgekehrt ist, so unfähig, auch nur minimale politische Kompromisse zu schließen?
Alawi: Weil der politische Prozess, den wir in den vergangenen sieben Jahren durchgemacht haben, von Anfang an tief korrumpiert war und von Terror und Gewalt begleitet wurde. Wo soll in einem solchen Prozess ein Kompromiss, wo soll Stabilität herkommen? Wir hätten das Abzugsabkommen mit den USA an die Umsetzung echter politischer Reformen koppeln müssen.
SPIEGEL: Großes Aufsehen haben Sie erregt, als Sie sich kürzlich mit dem Schiiten- und Milizenführer Muktada al-Sadr trafen – einem Mann, der Sie vor wenigen Jahren noch umbringen lassen wollte.
Alawi: Das Treffen ergab sich in Damaskus. Ich war immer gegen religiöse Milizen und werde es immer sein – aber ich muss sagen, dass ich diesen Mann ehrlich, geradlinig und offen fand. Ich fragte ihn: Niemand aus deiner Familie war je ein konfessioneller Eiferer, warum bist du einer? Er antwortete: Ich bin von Herzen gegen jede konfessionelle Engstirnigkeit. Ich bin für eine irakische Lösung unserer Probleme – nicht für eine schiitische.
SPIEGEL: Manche sehen in Sadrs Rückzug nach Iran den wahren Grund dafür, dass der Irak sich 2008 beruhigte. Er galt vielen Irakern und Amerikanern als der „gefährlichste Mann des Irak“.
Alawi: Wenn das so ist, dann sind wir alle gefährlich. Sadr hat 40 Sitze im Parlament, und er ist einer der wenigen, dessen politische Bewegung in diesem Land tief verwurzelt ist.
SPIEGEL: Erwarten Sie, dass er in den Irak und in die Politik zurückkehrt?
Alawi: Das sollte er. Das wäre gut für den Irak.
SPIEGEL: Welche äußere Macht hat derzeit den größten Einfluss im Irak?
Alawi: Iran.
SPIEGEL: Bitte erläutern Sie das.
Alawi: Nein.
SPIEGEL: Warum nicht? Viele Länder machen sich Sorgen wegen des iranischen Nuklearprogramms.
Alawi: Irans Einfluss im Irak ist nicht positiv. Ich bin gewiss kein Anwalt iranischer Politik, ich bin sogar sicher, dass dort ein Einreiseverbot gegen mich besteht. Aber ich denke dennoch, die Welt sollte weiter mit Iran sprechen, um zu sehen und zu spüren, wo Irans Ängste liegen. Die Iraner sind vernünftig. Wir sollten versuchen, ihnen klarzumachen, dass es nicht in ihrem Sinn ist, nuklear aufzurüsten.
SPIEGEL: Sie reisen von einer arabischen Hauptstadt in die andere, Sie wissen, dass alle arabischen Führer ihrerseits dabei sind aufzurüsten …
Alawi: Alle fürchten sich. Überall in der Region herrscht Angst, auch in Amerika, auch in Iran. Wir steuern auf eine Lage zu, die beinahe der Kuba-Krise vom Oktober 1962 gleicht. Wie ein riesiges Tuch spannt sich die Angst über uns aus. Jeder muss jetzt das Menschenmögliche tun, um neue Spannungen zu verhindern.
SPIEGEL: Könnte der Irak mit einem nuklear bewaffneten Nachbarn Iran leben?
Alawi: Das glaube ich nicht.
SPIEGEL: Wird es über Irans Nuklearprogramm zum Krieg kommen?
Alawi: Mit sehr hoher Wahrscheinlichkeit.

INTERVIEW: BERNHARD ZAND

* Am vergangenen Mittwoch.